

Die Zeitschrift

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zeitschrift“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brühlstr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6849. •

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

Inserate: Die 6 spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Zolltarif und Lebenshaltung.

Das Reichsgesundheitsamt hat im Verlag von Julius Springer in Berlin eine äußerst lehrreiche Schrift herausgegeben: „Die Ernährung des Menschen“, die wir jedem Gewerkschaftsbeamten und jeder Gewerkschaftsbibliothek eindringlich zur Beachtung empfehlen. Als Bearbeiter des Buchs sind Prof. Dr. Otto Kestner und Dr. H. W. Knipping, der eine Direktor, der andere Assistent des Physiologischen Instituts an der Universität Hamburg.

Aus der Fülle des dort gebotenen Materials lösen sich einige Grundsätze klar heraus: „Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat die Kulturentwicklung eine große Veränderung in der Beschäftigung der Bevölkerung hervorgerufen. Erstens hat die Zahl der Leute, die nicht körperlich arbeiten, bedeutend zugenommen; es gibt mehr Kaufleute, Beamte, Schreiber als früher. Zweitens ist in der Landwirtschaft und dem alten Handwerk ein erheblicher Teil der menschlichen Muskelkraft durch die Kraft der Maschine ersetzt worden. Drittens endlich, und das ist das Wichtigste, hat sich die ganze Masse der industriellen Arbeiterschaft erst gebildet. Von dieser großen Menschenmasse, die heute in Deutschland fast die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, hat der größte Teil keine schwere Muskelarbeit zu leisten, sondern ist sitzend tätig, oder es wird die Arbeit von der Maschine geleistet und der Mensch hat die Maschine lediglich zu beaufsichtigen und zu lenken. Während ehemals nur ein kleiner Teil der Männer der ersten Kategorie angehörte und die Masse des Volkes schwere und schwerste Muskelarbeit leistete, ist das heute anders geworden, und damit mußte sich auch die Nahrung ändern. Schon auf dem Lande wird heute im ganzen weniger gegessen als vor einem Menschenalter, dafür eine eiweißreichere Kost, und in den Städten muß heute der Durchschnitt der Bevölkerung sich so nähren, wie früher nur die gebildeten und wohlhabenden Klassen. Es ist nicht „Vergewaltigung“ und Genußsucht der Arbeiter, wenn sie sich einen reichlichen Genuß von Fleisch, Milch, Eiern usw. zu verschaffen suchen, sondern ein berechtigtes Verlangen ist physiologisch begründet. In den Ländern mit der älteren Industrieentwicklung, in England und Nordamerika, ist denn auch der Fleischgenuss der Arbeiter ein sehr reichlicher. Das Zurücktreten von Obst und Kartoffeln in der Kost, die großen Mengen von Fleisch, Butter, Sahne, Milch fallen jedem Europäer auf, der nach den Vereinigten Staaten kommt.“ „Wir besaßen uns vor dem Kriege in Deutschland offensichtlich auf dem Wege zu der neuen, für das Maschinenzeitalter richtigen amerikanischen Ernährung. Die Umstellung ist verlangsamt worden, einmal durch Schutzoll und Einfuhrbeschränkung des Fleisches, andererseits durch das Festhalten an überlieferten Gewohnheiten und Geschmacksvorurteilen.“ „Das deutsche Volk muß sich (nicht) ernähren wie vor zwei Menschenaltern, da es noch zum größeren Teil aus Bauern, Landarbeitern und Handwerkern bestand. Und es soll dabei die hochwertigste Arbeit leisten, die das Zeitalter der Maschinen und der Großstädte von ihm verlangt.“

„Das Fleisch ist gewissermaßen das Wahrzeichen der neuen Zeit in der Ernährung geworden.“ Und es ist in der Tat ersichtlich, mit welcher Energie das deutsche Volk den notwendigen Fleischbedarf, den es in der Inflationszeit entbehren mußte, sich wieder eroberte. Betrug der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung 1923 nur 22 Kilogramm, so schnellte er 1924 bereits auf 41 Kilogramm und näherte sich damit dem Friedensstande von 52 Kilogramm. Durch diese hoffnungsvolle Entwicklung macht die Zolltarifvorlage der Regierung einen dicken Strich; gerade „das Wahrzeichen der neuen Zeit“, gerade das Fleisch wird durch sie am schärfsten getroffen, wie die folgende Tabelle zeigt:

Lebensmittel	Verbrauch der Familie in 4 Wochen kg	Fr. d. Ration im Mai 1925 Mt.	Jährliche Mehrausgabe durch Zolltarif Mt.	u. S.
Waggenbrot	40	16,—	28,20	13,5
Weißbrot	5	3,40	4,60	10,4
Weizenmehl	4	2,08	4,09	15,1
Graupen	1,833	0,95	0,91	7,4
Weizengrieß	1,833	1,10	2,63	13,4
Papierfladen	1,833	0,95	1,58	12,8
Vollkorn	1,833	1,26	0,95	5,8
Reifen	1,833	0,99	0,95	7,4
Wohnen	1,833	1,10	0,95	6,8
Kartoffeln	50	5,23	7,05	10,8
Gemüse (Kohl)	15	4,50	7,80	13,8
Kühnfleisch	3,5	7,88	20,50	20,0
Schweinefleisch	1,5	2,70	8,80	25,0
Schmalz	1	2,—	5,85	22,5
Eier	0,5	1,48	2,34	12,2
Leberwurst	2	4,80	11,70	18,8
Butter	2	7,90	7,80	7,6
Margarine	2	3,10	7,90	19,2
Schweinefleisch	2,25	4,05	3,65	6,9
Käse	1,75	3,13	6,83	16,8
Salzheringe	1,5	1,07	0,61	4,4
Fisch	3,5	2,31	4,55	16,0
Eier (Ei)	28	3,38	1,32	3,1
Vollmilch (Eier)	35	0,45	6,82	5,6
Stärke	1,25	0,65	1,63	19,3
Zusammen		91,44	149,91	12,8

Die Tabelle gibt in der ersten Spalte die Mengenverhältnisse an, die das Statistische Reichsamt für den vierwöchentlichen Verbrauch einer minderbemittelten Familie von fünf Köpfen annimmt, in der zweiten Spalte die absolute Erhöhung, die bei vorläufiger Angerundung des Zolltarifs eintreten muß. Diese Zahlen sind bereits in Nr. 27 der „Gewerkschaftszeitung“ veröffentlicht worden. Um hieraus die relative Wertenerhöhung der einzelnen Lebensmittel zu berechnen, sind in der dritten Spalte die Geldbeträge eingesetzt worden, die im Durchschnitt des Monats Mai 1925 für die einzelnen Posten der Ration angelegt werden mußten, und zwar nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes

der Stadt Berlin, da Durchschnittszahlen für das Reich nicht vorhanden sind. Das Dreizehnfache dieser Geldbeträge ergibt die jährlichen Aufwendungen, die Gegenüberstellung mit Spalte 3 die prozentuale Steigerung der einzelnen Lebensmittel, die demnach bei Fleisch mit 20 bis 25 v. H. die höchsten Beträge erreicht.

Rohstoffzölle sind ein Krebschaden der Wirtschaft!

Kein Wissenschaftler hat je Rohstoffzölle verteidigt.

Futtermittel sind Rohstoffe der Bauernwirtschaft.

Fort mit den Futtermittelzöllen!

Diese Tabelle ist auch in anderer Hinsicht aufschlußreich. Hat man nämlich zum Vierwöchenvorbrauch noch 0,250 Kilogramm Kaffee, 1 Kilogramm Kakao und 2 Kilogramm Speisefalz, die im Mai 1925 in Berlin 1,84 Mt. bzw. 3 Mt. bzw. 0,28 Mt. kosteten, so hat man das gesamte Ernährungsschema des Statistischen Reichsamts mit 96,56 Mt. oder jährlich 1255,28 Mt. Da das Statistische Reichsamt auf Grund aller Haushaltsrechnungen aus dem Jahre 1907 und unter Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltung der Nachkriegszeit die Ausgaben für Ernährung auf 54,77 v. H. der Gesamtausgaben schätzt, so ergibt sich für die Lebenshaltungskosten einer minderbemittelten Familie ein Betrag von nicht weniger als 2292 Mt. im Jahr. Diese Zahl ist aber noch zu niedrig gegriffen, wenn man berücksichtigt, daß das Reichsamt im Verteilungsschema für die Ernährung zwar den Kalorienwert und den Eiweißgehalt nach dem neuesten Stande der Wissenschaft in Betracht bringt, von der Aufnahme des insofern hohen Vitamingehaltes für die Ernährung besonders wichtigen Frischobstes sowie von Salat aus praktischen Gründen absehen mußte. Überwiegend sind die Beträge für Steuern und Soziallasten mitenthalten. Dieser demnach sicherlich zu geringe Betrag von 2292 Mt. im Jahr entspräche einem Stundenlohn bei 300 Arbeitsstunden und achtstündiger Arbeitszeit von 95,5 Mt. Dieser Lohnsatz wird aber, wie die Tarifkommission der DGB sowohl als auch die Tariflohnstellung des Statistischen Reichsamts im zweiten Juniheft von „Wirtschaft und Statistik“ erweist, in nur wenigen Industrien gerade von den Spitzenarbeitern, in den meisten nicht einmal von diesen erreicht.

Es steht also fest, daß das jetzige Lohnniveau bei weitem nicht zur Deckung der Kosten zureicht, die für eine noch zu bescheidene und dürftige Lebenshaltung unumgänglich notwendig sind. Da die übrigen Lebensbedürfnisse schon äußerst knapp gedeckt sind, da die Wohnungsmiete andauernd wachsende Beträge verschlingt, muß bereits jetzt das unzureichende Einkommen sich in einer gesundheitsgefährdenden Einengung des Lebensmittelsbedarfes äußern. Der drohende Zolltarif, der allein die notwendige Nahrung um mindestens 150 Mt. verteuern wird, muß demnach geradezu verheerend wirken. „Das deutsche Volk muß sich ernähren wie vor zwei Menschenaltern, da es noch zum größten Teil aus Bauern, Landarbeitern und Handwerkern besteht. Und es soll dabei die hochwertigste Arbeit leisten, die das Zeitalter der Maschinen und der Großstädte von ihm verlangt.“ Nicht nur die jetzige Generation wird schweren Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, wenn der Zolltarif zum Gesetz wird, auch dem zukünftigen Leben droht Gefahr. Mit klaren Worten sprechen es Kestner und Knipping aus: „Wenn ein Volk oder eine Schicht eines Volkes irgendwie hungrig oder unterernährt ist, sind es immer zuerst die Mütter, die leiden.“

Eine notwendige Entgegnung.

Die Unternehmerverbände hatten im Mai d. J. an die Reichsregierung eine Denkschrift gerichtet, die nicht geringes Aufsehen verursachte. Sie klang in nicht mißzuverstehender Forderung aus, daß diese sich in allem den Unternehmern an die Seite zu stellen habe. Überdies enthielt die Denkschrift Forderungen wirtschaftlicher Art, die sich mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht vereinbaren ließen. Die gesamte Deutschnation sollte durch diese einseitigen Feststellungen im Sinne der Unternehmer beeinflusst werden. Die Denkschrift war nur ein Glied in der Kette eines groß angelegten Feldzugs, der sich letzten Endes gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten richtete.

Die Gewerkschaften konnten zu alledem nicht schweigen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nahm bereits in seiner Sitzung vom 12. Juni zu der Denkschrift Stellung und brachte in einer scharfen Entschließung die Meinung der freien Gewerkschaften zum Ausdruck. Doch konnte es hiermit nicht sein Bewenden haben. Es mußte ein gemeinsamer Schritt bei denjenigen Stellen unternommen werden, an die sich die Unternehmer zu wenden glaubten. Und so entstand denn eine Denkschrift der Gewerkschaften aller Richtungen, die, vom 7. Juli datiert, der Reichsregierung überreicht wurde.

Punkt für Punkt wird zu der „vertraulich“ überreichten Denkschrift der Unternehmerverbände Stellung genommen, schief vorgebrachtes Material richtig gestellt, unberechtigte Anfor-

derungen gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten zurückgewiesen und der Standpunkt der Gewerkschaften klar gelegt. So entstand ein Memorandum, das als Programmschrift der Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften für die Gegenwart bezeichnet werden kann.

Dem unberechtigten Vorwurf der Unternehmerverbände, daß die deutschen Gewerkschaften von internationalen Einflüssen abhängig seien, wird die Tatsache gegenübergestellt, daß die „Lebenshaltung“ oder gar weitere Senkung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterschaft durch Lohnbruch und lange Arbeitslosigkeit automatisch die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer in den Wettbewerbsländern nach sich zieht. Demgegenüber wird nachgewiesen, daß selbst dort, wo im Ausland das Lohnniveau nicht über dem deutschen liegt, eine stärkere Steigerung der Löhne gegenüber dem Friedensrealstand stattgefunden hat. Es wird hier vor allem auf das außerordentlich wichtige Material hingewiesen, das Professor Dr. Paul Herberg in der Monatschrift des DGB: „Die Arbeit“, der Deutschnation zugänglich gemacht hat.

Die Denkschrift der Gewerkschaften geht weiter auf die Behauptung der Unternehmer ein, daß die Produktion und der Güterumsatz nur 70 Proz. der Vorkriegszeit betragen, und die Arbeitslosigkeit um 60 bis 100 Proz. gegenüber dem Vorkriegsstand gestiegen seien. Die Einnahmen der Reichsbahn, der Gold- und Devisenbestand der Notenbanken, der Abrechnungsverkehr der Reichsbank, der Postverkehr und vieles andere demgegenüber darauf hin, daß der Wirtschaftsradius der Gegenwart dem der Vorkriegszeit nicht viel nachstehe.

Die Behauptung, daß das erhöhte Lohnniveau eine Preissteigerung verurteile, wird außerordentlich schlagend zurückgewiesen. Feste Löhne können so lange nicht auf lange Sicht abgeschlossen werden, wie mit einer sich aus anderen Gründen ergebenden Preissteigerung gerechnet werden muß. Die Unsicherheit in den Absatz- und Produktionsbedingungen kann bei dem geringen Anteil, den der Lohn insgesamt und daher seine Schwankungen insbesonders am Produkt haben, im wesentlichen nicht auf das Konto des Lohnes gebucht werden. Vielmehr seien es fehlerhafte Konsumgewohnheiten und die Überfüllung des Zwischen- und Einzelhandels, durch welche die Unsicherheit hervorgerufen werde.

Eine besondere Mißdeutung der Angriffe in der Denkschrift der Unternehmer waren die Schlußfolgerungen in Bezug auf die sogenannten Zwangsstarke. Die Anpreisung der Schlichter entspräche einer verletzten maßlosen Autokratie. Die Gewerkschaften hätten keinen Grund, mit der Lohnpolitik der Schlichter sonderlich zufrieden zu sein. Aber die Unternehmer finden das geschliche System zu diskreditieren, weil es eine Beschränkung ihrer Willkür bedeutet.

Scharf ins Gericht geht die Denkschrift der Gewerkschaften mit den Praktiken der Unternehmer in der Inflationszeit. Die verlockenden Möglichkeiten des Schuldenspiels, die verborgene Sucht, Sachwerte zu sammeln, die vertikale und horizontale Konzentration und wie dergleichen Dinge mehr sind, wurden angewandt, um eine persönliche Bereicherung herbeizuführen. Statt dessen wurde die organische Weiterentwicklung und die Durchorganisation der Betriebe vernachlässigt. Das Ausland erhielt zu einem nicht geringen Vorzug in der Konkurrenzfähigkeit. Und weil die Kapitalien und Kredite nicht zur Intensivierung der Produktion verwendet wurden, ist die von den Unternehmern versprochene Preissteigerung nicht durchgeführt worden. Der Preisstandard erfuhr auch keine Veränderung, obwohl die Kohlenpreise niedrig gehalten wurden, die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität, die Umsatzsteuer usw. ermäßigt wurden.

Nachdem in aller Gründlichkeit die Probleme der Wirtschaft und der Sozialpolitik beleuchtet sind, kommt die Denkschrift zu folgenden Schlußfolgerungen:

„Die Gewerkschaften sind nicht bereit, das ihnen anvertraute Wohl der Arbeiterschaft, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren alle erdenklichen Opfer auf sich genommen hat, preiszugeben, sondern sie werden mit aller ihnen zu Gebote stehender Kraft dieses Wohl schützen und sichern und das Los der Arbeiterschaft zu bessern suchen, weil sie gewiß sind, ihrem Volk damit den größten Dienst zu erweisen.“

Es war notwendig, den Unternehmern mit aller Deutlichkeit entgegenzutreten. In der Denkschrift ist dies gründlich geschehen. Sie sollte deshalb auch von den Arbeitern, Angestellten und Beamten eifrig studiert werden.

Die Anregungen über die gewinnbringendere Ausgestaltung der feinkeramischen Industrie.

In der feinkeramischen Industrie wird von den Leitern erkannt, daß die Verwendung wissenschaftlich und technisch gebildeter Kräfte und die technische Vervollkommenung und Spezialisierung eine Notwendigkeit ist. Die technische Überlegenheit Amerikas und die ausländische Konkurrenz zwingen die deutschen feinkeramischen Fabriken, sich neuzeitlich um- und auszugestalten. Um auf der Höhe der Zeit zu sein und zu bleiben, werden von Sachleuten und Kennern unserer Industrie die verschied-

Denkt an die Kinder!

Wird die Zollvorlage Gesetz, so steigt der Preis von

Butter	um mehr als 7%
Margarine	19%
Schweinefleisch	7%
Gemüse	2%
Zucker	15%

denen Vorschläge zur Verbesserung der Betriebs- und Arbeits-
weisen und zur Verwendung aller sich bietenden Möglichkeiten
zur Betriebsrentabilität gemacht.

So hält a. B. Herr Generaldirektor Hugo Magera
Dresden eine gründliche und vielseitige wissenschaftliche und
praktische Ausbildung der Keramiker für notwendig. Er behau-
pelt dieses Thema in einem Vortrag auf der 5. Hauptversammlung
der Deutschen keramischen Gesellschaft im September 1924
in Breslau. Seine Anschauungen kann man noch schriftlich in der
Nachpresse bar und löte damit eine lebhaft Diskussion nach den
verschiedenen Richtungen aus. Sicher wurde er durch die be-
stehenden Mängel in der keramischen Industrie zu seiner An-
schauung angetrieben und auch durch die Schäden, die er innerhalb
der Porzellanindustrie hat feststellen müssen. Magera fand, daß
die Porzellanindustrie, mehr als andere Industriezweige, kon-
servativ am Übergebrachten festhält und sich mehr oder weniger
gegen die Einführung technischer Neuerungen wehrt, und daß der
Bildungsstand der Keramiker und insbe-
sondere des Nachwuchses für leitende Stellen nicht genügend den
Anforderungen angepaßt ist, die der Betrieb und die Fabrika-
tion an diese Keramiker stellt. Nach ihm fehlt es an Kräften,
die die Wirtschaftlichkeit der Betriebe durch Einführung und
Auswertung technischer Neuerungen zu heben vermögen und
sagt, die Keramiker kämen jetzt zum großen Teil in die Praxis,
vollgepflegt mit allen möglichen Wissenschaften, die sie auf Ge-
biete ablenken, die dem keramischen Fabrikbetrieb eher schaden
als nützen. Er wünscht deshalb für die Keramiker eine mehr
als die keramischen Betriebe eingestellte wissenschaftliche und
praktische Ausbildung, ähnlich wie in anderen Industrie-
gruppen. a. B. dem Maschinenbau, wo die Studierenden zwei
Jahre praktisch in den verschiedenen Abteilungen des Bergbaues
tätig sein müssen. Für den akademischen Keramiker schlägt
Magera mindestens ein Jahr praktische Tätigkeit in einem kera-
mischen Betrieb vor und dann außer den erforderlichen Fächern
für die höheren Wissenschaften: 1. Vorlesungen über die in der
keramischen Industrie in Frage kommenden Rohstoffe, über ihre
Gewinnung, Zusammenfassung und Verarbeitbarkeit, speziell anor-
ganische Chemie, chemische Technologie mit dem dazugehörigen
Praktikum, 2. Vorlesungen über Grundbegriffe der Experi-
mentalphysik, technische Wärmelehre, 3. Vorlesungen über die all-
gemeine Maschinenlehre, Elektrotechnik, 4. Vorlesungen über all-
gemeine Baukunde, unter besonderer Berücksichtigung der Fabrik-
bauten für die keramische Industrie und 5. Vorlesungen über
Betriebswissenschaften.

Magera gab diese Anregung, weil die aus der keramischen
Industrie selbst hervorgegangenen befähigten Persönlichkeiten
nicht mehr ausreichen, weil Mangel an tüchtigen, leitenden Nach-
wuchsen besteht, und weil er den Nachwuchs für leitende Stellen
mit dem besten Rüstzeug versehen wissen möchte.

Einen anderen Weg mit ganz anderen Methoden zur Aus-
lese der Tüchtigen unter dem lautmännlichen und technischen
Nachwuchs und dem der Facharbeiter weist Herr Dr. A. Böll-
ner-Markredwitz, angeregt durch Magera, mit Hilfe der
Psychotechnik. Er schlägt vor, die jungen Leute, wenn sie
in den Fabrikbetrieb aufgenommen werden wollen und sollen,
auf ihre Eignung nach psychotechnischem Verfahren prüfen zu
lassen. Die Vorprüfung soll die jungen Menschen in bezug auf
körperliche Eignung, Schulkenntnisse, Sinnesrichtigkeit, Intelligenz
und Auffassungsvermögen erfassen. Körperlich und geistig
Unbefähigte werden dadurch festgestellt und nicht in einen Be-
trieb eingestellt. Die Vorprüfung läßt schon eine Eignung für
lautmännliche und technische Berufsweg erkennen. Wo schon
in den Volksschulen, wie in den größeren Städten, die Kinder
von den Lehrern auf ihre besonderen Eignungen hin beobachtet
werden und diese Beobachtungen Jahre hindurch auf besonderen
Karten festgehalten sind, sind beratende Vorprüfungen nicht mehr
notwendig.

Die anschließende Sonderprüfung würde sich nach Doktor
Höllner bei den beruflichen Arbeitern auf sechs Gruppen be-
ziehen: 1. auf Brenner, Mischer, Maschinenpersonal, Fader,
Transportarbeiter, Kopierarbeiter usw.; 2. Porzellanleier
und -dreher; 3. Schleifer, Polierer und Sortierer; 4. Maler, Drucker
und Modellierer; 5. Volontäre und 6. Hilfsberufe.
Die genannten Gruppen werden auf die an sie im Laufe
ihrer Berufstätigkeit heranretenden Anforderungen mittels be-
sonderer Apparate und nach besonderen Methoden auf ihre In-
telligenz geprüft. Die in jedem Menschen schlummernden be-
sonderen Fähigkeiten und Veranlagungen für den Porzellanberuf
werden so festgestellt und danach wird seine Eignung für eine
bestimmte Berufsgruppe erkannt. Je größer die Anforderungen
im Laufe der Berufstätigkeit sind, um so gründlicher sind die Prü-
fungen in bezug auf Eignung und Vorkenntnisse. Sollten sich
im Laufe der Berufstätigkeit durch Schulstudium, Erfahrung und
andere günstige Einwirkungen besondere Eigenschaften und
Kenntnisse erkennen lassen, so können noch Prüfungen zur Um-
schulung vorgenommen werden.

In den Landesarbeitsämtern größerer Städte und den be-
sonderen Instituten industrieller Unternehmungen und Hoch-
schulen sind sehr günstige Erfolge mit den Eignungsprüfungen
erzielt worden, und sicher würde die keramische Industrie, aber
auch so mancher Arbeiter Erfolg davon haben, denn bei dieser
Methode würde sich vielfach herausstellen, daß manches Arbeiter-
kind bessere Eignungen zu führenden Stellen aufweisen würde,
als Unternehmungspraktikanten, vorausgesetzt, daß sich letztere auch

den Eignungsprüfungen unterziehen, wenn sie in den Betrieb
aufgenommen werden.

Neben den beiden genannten Herren bemühen sich noch an-
dere Persönlichkeiten, die keramische Industrie vorwärts zu trei-
ben, damit sie in die Lage versetzt wird, den Wirtschaftskampf er-
folgreich zu bestehen.

Herr Professor Dr. W. Verzhofen gibt in Wort und
Schrift der feinkeramischen Industrie stets Anregungen, wie sie
aus der Wirtschaftstatistik lernen und günstige betriebswirt-
schaftliche Schlüsse zu ziehen vermag, wenn sie sich den genannten
Hilfsmitteln bedient und wenn sie als Industrieensemble den
Markt beobachtet, Absatzregelungen vornimmt und der Preis-
bildung Beachtung schenkt.

In technischer Beziehung fehlt es der keramischen Industrie
in der Gegenwart auch nicht an Anregungen. Schon die letzten
Jahre lassen einen kleinen Fortschritt erkennen, aber im Ver-
hältnis zu anderen Industrien ist er noch unbedeutend. Die
keramische Industrie steht mit ihren technischen Einrichtungen
anderen Industrien, und vor allem der nordamerikanischen
Keramindustrie weit nach. Was sich gegenwärtig in Deutsch-
land bemerkbar macht, sind erst Anfänge. Die viel jüngere nord-
amerikanische Keramindustrie arbeitete 1924 schon mit 80 Tunnel-
öfen, die alte deutsche dagegen mit 15 bis 16. In anderen In-
dustrie wird Staubholz und Glas zum Brennen der Ofenanlagen
verwandt, in der Keramindustrie wird meist noch die Steinkohle
verschickt, und die Nebenprodukte sowie sehr viel erzeugte Hitze
gehen verloren. Der Aufwand für die Kohle ist also enorm hoch
und wird durch die Abhängeeinrichtungen zum Heizen der Räume
und zum Trocknen des Geschirrs und der Formen nicht wesent-
lich gemindert. Diese Anlagen und das Anbringen der Meß-
apparate an den Brennöfen bedenten in wärtemwirtschaftlicher
Beziehung noch keinen nennenswerten Fortschritt.

Betriebstechnisch beginnen die Fabriken auch allmählich dem
technischen Stand der Neuzeit Rechnung zu tragen. Sie können
das jedoch nur unvollkommen, weil die individuelle Leistung noch
überwiegend bestimmend ist, und weil ein großer Teil Räumlich-
keiten die Einrichtung technischer Neuerungen nicht gestatten.
Nur die elektrotechnischen und die Stapelwarenfabriken sind bei
ihrer betriebstechnischen Ausgestaltung nicht so gehemmt, deshalb
sind gerade diese, die durch Transportanlagen für manche Ar-
beitergruppe das Arbeitstempo bestimmen. Wenn gerade darin
deutsche Unternehmen den Amerikanern folgen, dann wird
mancher Arbeiter und manche Arbeiterin noch mehr seelenlose
Maschine als gegenwärtig. Dann ist es jedoch auch soweit, daß

Wer fordert den Brotzoll?

Die Junker und die Großlandwirte.

Wer bekämpft den Brotzoll?

Die besten Vertreter der Landwirtschaftslehre.

Wem nützt der Brotzoll?

Nur den wenigen Großlandwirten.

Wem schadet der Brotzoll?

Den Kleinbauern, den Exportindustriellen, den
Arbeitern, den Angestellten, den Beamten
also
der weit überwiegenden Mehrheit des Volkes.

dem deutschen Arbeiter und der deutschen Arbeiterin Löhne be-
zahlt werden müssen, die im Verhältnis zu den Lebenshaltungs-
kosten vier- bis fünfmal höher sein müssen, als die jetzigen, weil
die Erhaltung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit
ein höheres Einkommen der mechanisierten Arbeiter bedingt.

Die Arbeiterschaft kann und wird sich diesen technischen Be-
dingnissen nicht widersetzen, aber sie wird an den Erfolgen teil-
nehmen und sich nicht durch Mechanisierung und Spezialisierung
geisteslos machen lassen. Sie wird als organisierte Masse, deren
Arbeitskraft doch noch wichtiger ist, als die der Maschinen, auf
die gefährlichen Folgeerscheinungen achten und dafür sorgen, daß
die Maschine die Menschen befreit und nicht zu Tätigkeitsflaben
herabdrückt.

Die Unternehmer der feinkeramischen Industrie haben aber
auch die Pflicht, ihre Betriebe zeitgemäß auszustatten, damit
nicht jeder Hans und Kuntz in der Lage ist, eine Porzellanfabrik
einzurichten oder zu erbauen und dies gewöhnlich auf
Kosten der Arbeiterschaft. Gerade weil die Porzellan-
fabriken sich bei ihrer Rentabilität auf die manuellen Leistungen
ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen stützen und sich vielfach an
deren wohlverdienten Lohnkonto bei anderen Mängeln mehr als

schablos halten, gilt eine Porzellanfabrik für manchen Vieh-
händler als geeignete Kapitalanlage, in der er mit seinem brutalen
Aufstreuen ohne fachmännische Kenntnisse bequem und ge-
winnbringend „wirtschaftet“. Wenn diese reichlichen Auswüchse
durch Betriebsverbesserung aller Art mittels Anwendung wissen-
schaftlicher (nicht juristischer. D. N.) Methoden ein-
geädert und schließlich ganz verdrängt werden, ist dadurch der
Arbeiterlohn auch ein Dienst erwiesen. Damit würde indirekt
auch eine psychotechnische Prüfung des Unternehmertums vorge-
nommen, die der feinkeramischen Industrie sicher zum Vorteil
gereichen würde.

Ist die Arbeitslosenversicherung ein Luxus?

Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin hat zu dem
Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums über die Ar-
beitslosenversicherung Stellung genommen. Entgegen dem Ent-
wurf erachtet die Berliner Handelskammer den Zeitpunkt für
die Überleitung der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeits-
losenversicherung noch nicht für gekommen. Im Gegenteil
müsse diese „im gegebenen Augenblick als ein Luxus be-
trachtet werden, welchen die deutsche Wirtschaft sich zurzeit
nicht leisten kann“. Die Handelskammer faßt schließlich ihre
Stellungnahme folgendermaßen zusammen:

1. Der Beihilfennachweis soll in Zukunft für
26 Wochen innerhalb der letzten zwei Jahre geführt werden,
während die Arbeitslosenversicherung nur den Nachweis für drei
Monate im letzten Jahr verlangt. 2. Die Höchstdauer der
Unterstützung soll auf 26 Wochen innerhalb zweier Jahre zu be-
schränken gegenüber dem gleichen Zeitraum innerhalb eines
Jahres bei der Arbeitslosenversicherung. Hiermit soll auch im
Einzelnen die bei der Arbeitslosenversicherung gestattete Ver-
längerung der Unterstützungsdauer um weitere drei Wochen in
Fortfall kommen. 3. Die Kurzarbeiterunterstützung der Ar-
beitslosenversicherung ist, wie im Entwurf beabsichtigt, zu be-
seitigen.

Die Berliner Handelskammer befürwortet damit eine Ver-
schlechterung noch über den gewöhnlich sehr fortschrittlichen
Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums hinaus. Daß
aber die Arbeitslosenversicherung als ein Luxus betrachtet wird,
ist ein hartes Stück.

Fabrikarbeiterverbandstag.

Der 15. Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter
Deutschlands tagte vom 6. bis 11. Juli im Leipziger Volks-
haus. Anwesend waren 153 Delegierte, 11 Vorstandsmitglieder,
4 Agitationsleiter, 16 Gauleiter und ein Vertreter des Haupt-
tarifamtes für die chemische Industrie. Die Bruderorganisa-
tionen in Österreich, Dänemark, Tschechoslowakei und Schweden
hatten Vertreter entsandt.

Der Verbandsvorsitzende Frey erstattete den Vorstands-
bericht über die letzten drei Jahre. Er verwies auf die vor-
liegenden Jahrbücher und den gedruckten Bericht an den Ver-
bandstag. Das Jahr 1924 kann organisatorisch wieder als ein
Jahr mit normaler Entwicklung angesehen wer-
den, insbesondere in finanzieller Beziehung. Für
Pamphletverbreitung konnten wieder erhebliche Summen aufgewendet
werden. Es wurde im Jahr 1924 erreicht: Für 947 382 Per-
sonen eine Lohnerhöhung von 1954 636 Mk. pro Woche oder im
Jahr 101 641 072 Mk.; für 1777 Personen erreichten wir eine
Verkürzung der Arbeitszeit um 5030 Stunden pro Woche; für
14 814 Personen wurden sonstige Verbesserungen der Arbeits-
bedingungen erreicht. Für 10 183 Personen wurde erreicht, eine
Lohnkürzung von 16 672 Mk. abzuwehren. Sonstige Verschle-
chterungen sind für 2686 Personen abgewehrt, darunter Wahren-
lungen von 41 Personen. Auch für die geistige Weiterbildung
der Funktionäre wurde getan, was möglich war.

Nach dem Massenbericht, den der Hauptkassierer Köhler gab,
ging es 1924 finanziell wieder aufwärts.

Der Redakteur Krüll nahm im Anschluß an seinen Be-
richt Stellung zu den die Schreibweise des „Proletariats“ be-
treffenden Anträgen und erklärte, gegen verbandsschädigende Ele-
mente auch in Zukunft nicht schweigen zu können.

Die Diskussion zum Vorstandsbericht war lebhaft, jedoch im
Verhältnis zu den drei letzten Verbandstagen (1917, 1920 und
1922) sachlich.

Großmann sprach über Tarif- und Lohnbewe-
gungen, Adler über die Stellung der Betriebs-
räte im Verband, Breh über Industrieorgani-
sationen und Gewerkschaftsfragen. Breh erblid-
te in der Resolution Dikmann eine schwere Benachteiligung des
Fabrikarbeiterverbandes.

Nach Jugendfrage und Bildungsbestrebun-
gen referierte Schmidt-Dannover, desgleichen über Ar-
beitsrecht und soziale Gesetzgebung. Breh sprach
über das geplante Arbeitszeitgesetz. Es wurden ent-
sprechende Resolutionen angenommen gegen die Lohn- und Wirt-
schaftspolitik der Unternehmer und gegen die Vollvorlage. Eine
Entscheidung über Tarif- und Lohnbewegungen umreißt die
leitenden Grundsätze hierfür, eine Entscheidung zur Betriebs-
rätefrage umgrenzt das Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte. Zur

Ein neues Kulturwerk.

Von Felix Fehrenbach.

Der gewerkschaftliche und politische Kampf der Schaffenden
ist nicht Selbstzweck. Er ist nur Mittel zur kulturellen Höher-
führung der arbeitenden Schichten und damit zur Entwicklung
einer hohen, wahren Menschheitskultur. Einer der bedeutend-
sten Hebel zum Vorwärts und Aufwärts auf diesem Wege ist
das gute Buch, aus dem wir, um mit Anatole France zu sprechen,
erkennen, daß die Größe und Schönheit des Menschengeistes darin
besteht, ohne Ermüdung, ohne Unterlaß, mitten unter Mühsalen und
Gefahren stets die Wahrheit zu suchen, die vor ihm immer wieder
zu entstehen scheint. Eine Organisation, die es den arbeitenden
Menschen ermöglicht, für wenig Geld sich gute Bücher zu er-
werben, ist deshalb ein Kulturwerk von größter Bedeutung.
Eine solche Organisation ist der „Bücherkreis“. Der
1 Mk. Monatsbeitrag (zur Zahlungsvereinfachung werden Mar-
ken zu 50 Pf. ausgegeben) erhält jedes Mitglied jährlich vier
hochwertige, gediegen ausgestattete Bücher und monatlich ei-
ne reich illustrierte, literarisch-künstlerische Monatszeitschrift.
Diese Wachsen ist dieses neue Kulturwerk begriffen, und die
bisher erschienenen Bücher haben weitere Tausende veranlaßt,
sich dem Bücherkreis anzuschließen, der schon zu einer mäch-
tigen Organisation angewachsen ist.

Das neue Buch, das dieser Tage in die Hände der Bücher-
kreismitglieder gelangte, „Die Geschichte einer armen Johanna“
von Paul Jech, hat einen Mann zum Verfasser, der das
Leben des Proletariats aus eigenem Erleben kennt, den es selbst
von Fabrikland zu Fabrikland getrieben, der in tiefen Schichten,
in drohenden Miserebedingungen gearbeitet hat. Der ewer Leben,
Männer und Frauen der Arbeit, mitleidet.

„Die Geschichte einer armen Johanna“ ist ein Buch, aus
dem eine seltene Gesinnungskraft spricht, das alltägliche Ge-
schehen in neue Formen giebt, eines von den wenigen Büchern,
die den Leser im Tiefsten packen und ihn nicht loslassen, bis er
die letzte Zeile in sich aufgenommen. Das Schicksal einer armen
Kassierin zieht an uns vorüber. Von einer Dachkammer aus, fünf
Treppen hoch, mit Blick über rauchende Dächer, Türme und Ka-
beln geht sie ihren Weg hinein in das Gewoge der Stadt. Mit

liebender Parteilichkeit, mit tief menschlichem Verstehen ist alles
Lebensvoll geschildert. Wie die arme Johanna aus Unbewußtem
heraus nach Dendem greift, wie Lebens- und Erlebnisgefühl
ihren Weg bestimmt, wie aus einem alltäglichen Ereignis ihr
Schicksal geboren wird. Ihren Weg zu Freude und Lust erleben
wir und schauen die tiefsten Tiefen ihrer Seele. Und dann be-
gibt ihr Lebensweg mit einer zerbrochenen, geschändeten Mut-
terlichkeit. Aus der glänzenden Wohnung steigt die arme Jo-
hanna wieder hinauf in ihr Dachstübchen im fünften Stock. Viele
ihre alten Kunden, die ihr sonst Nahbarkeit ogehen, weisen sie
jetzt schmerz ab. „Sie glaubten, einem Mädchen, das sich ohne
Egenspruch des Pfarrers den Männern so hingeegeben hatte,
sollte es nur Gerechtigkeit vor Gesetz und Gottes wegen erlaubt wer-
den, feinerer Arbeit mehr anvertrauen zu können.“ Noch einmal
beim Mann im fünften Stock. Um ihr eine Freude machen
zu können, wurde er zum Dieb, kam ins Gefängnis. Und Jo-
hanna schielte sich zu ihrem Leid und erfüllt sich in
Ginanten oben in der Dachkammer im fünften Stock, von wo sie
einst hinabgefallen war in das Gewoge der Stadt, zu Freude
und Lust.

Wollt ihr dies Buch lesen und besitzen? — Es gibt einen ein-
fachen Weg zu diesem Ziel. Werbet Mitglieder im Bücherkreis!
Wendet euch wegen Aufnahme an die Hauptgeschäftsstelle „Der
Bücherkreis“, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, oder an die örtlichen
Zustellen...

Kurt Grottel

zu seinem 20. Todestag.

Am 16. Juli 1905, just vor 20 Jahren, ertrank in der
Müggelsee bei Berlin der feinsinnige Dichter und Natur-
forscher Kurt Grottel. Als Literatur-Revolutionär
hatte er begonnen, und als politischer Revolutionär trat er in
die Reihen der sozialdemokratischen Berliner Arbeiterschaft.
Im Jahre 1890 gab er gemeinsam mit Alexander Lauenstein
(Alexander Lill) ein kleines Quartett heraus: „Sonnenauf-
gang“, das sich der neuen realistischen und naturalistischen
Dichtung Bahn brechen wollte.

Die ganzen Arbeits- und Lebensbedingungen, die der Ka-
pitalismus dem modernen Menschen geschaffen hatte, erschienen

dem Revolutionär Grottel als bösa obnoxia und ungesund. Er
folgte dem großen Tolstoi und wurde Bauer. Er verrichtete
unverdorben alle landwirtschaftlichen Arbeiten — er mischte den
Stall und hatte Kartoffeln. Auf dem Lande vermisste er
nichts mit der Natur, und hier schuf er für den großstädtischen
Arbeiter naturwissenschaftliche Aufträge von einer Größe und
Schönheit, wie sie kaum irgendetwas andere Literatur aufzu-
weisen hat. Seine Darstellungsweise bezeichnet Wilhelm Bölsche
als „eine Tat“ für das naturwissenschaftliche Gebiet.
Bölsche, der tiefe Naturphilosoph, hat auch eine auszu-
wählende Reihe von Naturwanderungen unseres Kurt Grottel
unter dem Titel: „Sonntage eines Großstädtlers in der
Natur“ (Verlag J. S. W. Dieck Nachf., G. m. b. H., Berlin) her-
ausgegeben. Dem wandernden Arbeiter muß gerade diese
prächtige Schöpfung unserer leider so früh verstorbenen Genossen
eine hochwillkommene Gabe sein. Er wächelt in die wechselnde
Flora der einzelnen Monate ganz hinein.

Grottel wollte eine stimmungsvolle Monographie der
deutschen Waldbäume verfassen — da durchschneit der Tod plötz-
lich seinen Lebensfaden. Aber es waren fertige in sich abge-
schlossene Studien zu dieser Monographie vorhanden und so
konnte Wilhelm Bölsche sie zu dem prächtigen Volksbuch
„Unser Wald“ (Verlag J. S. W. Dieck Nachf., G. m. b. H.,
Berlin) zusammenstellen. „Es erzählt von dem einen unver-
gesslichen Besitz des Volkes — dem Walde. Wälder, die bei-
tragen zum Genuß dieses Besitzes, der uns bewahrt, ihn für
ein gleichgültiges Gut zu halten.“ (Bölsche.)

In den noch nicht gedruckten Aufsätzen von Kurt Grottel
schimmert noch ein unermeßlicher pädagogischer Schatz zur
Erziehung unseres arbeitenden Volkes. Wie ein Schatz auf
die kulturhistorische Arbeit klingen seine Aufsätze über die
Veränderung der Flora und Fauna durch Menschenhand. Sie
wird der rührige Dieck-Verlag in Kürze herausgeben. Zu
ihnen hat Wilhelm Bölsche abermals eine glänzende Vorrede
geschrieben. Von Bölsche sind auch diese Aufsätze vervollständigt
und in Einklang mit den neuesten Forschungsergebnissen gebracht.
Freuen wir uns der lebendigen Kraft, die heute noch von
unserem Kurt Grottel ausgeht.

Paul Kampffmeyer.

Frage der Industrieorganisationen wird die Resolution des
Verbandskongresses erneuert, die den Vorstand ermäch-
tigt, unter Umständen entsprechend dem Schlußsatz dieser Resolu-
tion zu handeln. Zur Frage der Jugendbewegung wer-
den die Geschäftsleitungen aufgefordert, die im Meserat hervor-
gehobenen Maßnahmen zu treffen. Zu Arbeitsrecht und Sozial-
politik fordert der Verbandstag die Schaffung eines Arbeits-
rechtes nach modernen Grundsätzen, Arbeitsgerichte ohne juristi-
schen Formalismus, Erwerbslosenfürsorge mit Rechtsanspruch.
Gegen die Verschlechterung der Wöchnerinnenfürsorge und gegen
die im Reichsknappschaftsgesetz vorhandenen Ungerechtigkeiten für
einen Teil der Zwangsversicherten wird protestiert. Ferner
wird von der Reichsregierung die Vorlegung eines Gesetzent-
wurfes verlangt, der den Achtstundentag wieder herstellt.
Die Verbandsbeiträge und das Unterstützungsweesen wurden
einer Neuordnung unterzogen. Der Beitrag ist gestaffelt von
20 Pf. bis 2 Mk. pro Woche. Die Stelle eines Verbands-
referenten wurde neu geschaffen. Für die Blumen-, Blätter-,
Faden-Industrie in Verbindung mit der Heimindustrie soll der
Vorstand eine Branchenleitung einlegen. Der Verbandstag
findet in Zukunft nur alle drei Jahre statt. Die bisherigen
Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

Vertrauensmänner-Konferenzen.

Bezirk Schlefien.

Am Sonntag, den 6. Juli, tagten in Waldenburg-
Altstadt mit einer Ausnahme die Vertrauensleute aller
übrigen schlesischen Zählstellen, um Stellung zu nehmen zur gegen-
wärtigen Lohnpolitik, Lohn- und Arbeitszeitbeschwerden und
verschiedenen Organisationsfragen. Die Bemühungen der Ver-
bandskommission sowohl in Weimar wie in Berlin zur
Regelung eines den Verhältnissen und wirtschaftlichen Not-
wendigkeiten entsprechenden Lohn- und Verdienstfahes wurden
einstimmig anerkannt.

Die notwendige Lohnerhöhung und die Festlegung einwand-
freier Bestimmungen für Überzeitarbeit sind an der Ein-
stellung der Unternehmervertreter und der mitwirkenden Schlichter
gefehlert. Es ist selbstverständlich, daß bei der Unzulänglichkeit
der Löhne und Verdienste die auf Nachhülfe und Brutalität
beruhende Einstellung der Unternehmer bei den Vertrauens-
leuten die größte Empörung hervorgerufen hat, andererseits zur
nachhaltigen Aufhebung unangenehmer Pflichterfüllung aller
Schlichter gegenüber den Mitarbeitern und dem Verbands-
gefühlt hat.

Den Heißspornen und Mißwärtzern der Unternehmerschaft
sei gesagt, daß die Arbeiterchaft in den schlesischen Betrieben
nicht gewillt ist, mit schlechten Weiberlöhnen sich abzufinden zu
lassen. Auch dann nicht, wenn Weltfremdheit und unsoziale
Einstellung der mitbestehenden Schlichter und sonstigen amtlichen
Personen als Vorwand der Schlichtungskommision den Unter-
nehmern in der Niedrighaltung der Löhne und bequemen Ver-
längerung der Arbeitszeit bedeutende Unterstützung leisten.

Nach Brentano, dem Altmeister auf dem Gebiete der
Sozialpolitik, soll der kollektive Arbeits- und Lohnvertrag
zwischen den Vertragsparteien soziale Auswirkung zur Folge
haben. An diesen Sinn und Charakter eines kollektiven Ver-
trages seien die Antispezialisten hiermit erinnert. Ihre Ein-
stellung trägt zum großen Teil mit Schuld, daß an Stelle des
benötigten sozialen Verständnisses im Interesse der Volkswirt-
schaft bei den Unternehmern der nackte Herren- und Gewalt-
punkt jederzeit hervorgekehrt wird. Die in den letzten
Monaten wahrgenommene Kurzsichtigkeit der beherrschenden Ver-
treter bei Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen, deren Unver-
mögen, durch den Nebel der Unternehmervertreter in Bezug auf
die Tragfähigkeit einer gut beschafften Industrie
hindurchzublicken, ist bei der schädlichen Auswirkung dieser
Fähigkeiten für die Werte schaffende Arbeiterchaft für dieselbe ge-
radezu empörend. Deshalb ist auch hier die Arbeiterchaft ge-
halten, durch Nachdrückung der Organisation, entweder bei den
Regierungsvertretern die gebührende Beachtung auch der Ver-
hältnisse, die für die Arbeiterchaft in Frage kommen, zu er-
zwingen, oder deren arbeitgeberfeindliche, in der Wirkung teil-
weise arbeitgeberfeindliche Mitarbeit zu unterbinden.

Die Vertrauensmänner fordern deshalb alle Mitarbeiter in
den Zählstellen zur sofortigen, wirksamen Werbe- und Bildungs-
arbeit im Interesse der Gesamtheit auf.

Einstimmig lehnen die Vertrauensmänner die beiden provo-
zierenden Schiedssprüche vom 29. Juni 1925 ab. Sie erklären,
mit allen Mitteln innerhalb der Betriebe durch Lohnforderungen
und sonstige Maßnahmen den Unternehmern in nicht mißzuver-
stehender Weise zu bedeuten, daß auch ihre Arbeiterchaft ein
Recht auf Brot, ein Recht zum Leben hat. Folgende Entschlie-
bung wurde einstimmig angenommen:

„Die Vertreter der schlesischen Zählstellen erheben hiermit
einstimmig Protest gegen die von beauftragten Schlichtern des
Reichsarbeitsministeriums unter dem 29. Juni gefällten
Schiedssprüche betreffend Arbeitszeit und Lohnabkommen.

Beide Schiedssprüche bedeuten einen Schlag gegen die
Lebensinteressen der in den Porzellan- und Steinaufabriken
tätigen Arbeiterchaft. Insbesondere die lange Dauer der
Schiedssprüche, sowie die völlig mangelhafte Regelung der
Entlohnung ist untragbar.

Die Versammelten weisen deshalb mit Entrüstung das
Ansehen der Unternehmer zurück, die Porzellanarbeiterchaft
durch Niedrighaltung der Löhne bei verlängerter Arbeitszeit
in noch größeres Elend und noch größere Notlage zu führen.

Die Schiedssprüche sind daher abzu-
lehnen.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Generalversamm-
lung und Anträge“ betreffend stimmten die Vertrauensleute der
Zählstellen der Gaukommission zu, diesmal von der Einreichung
von Anträgen, die das Vertrauens- und Unterstützungsweesen zum
Vorwurf haben, absehen zu wollen. Diese Anträge sind solange
von sekundärer Bedeutung, bis die Hauptfrage der Organisa-
tionsform durch den Verbandstag entschieden sein wird. Erst
nach Lösung dieser Frage stellt sich die Grundlage für Vertrau-
sleute und Unterstützungsbeiträge.

Die Konferenz gab noch ihre Zustimmung zur Einreichung
eines Antrages durch die Gaukommission, den Besuch der Ar-
beiterhochschule in Frankfurt a. M. durch befähigte jüngere Mit-
glieder betreffend.

Bezirk Sachsen.

Auch die Vertrauensleute des Bezirkes Sachsen beschäftigten
sich am Sonntag, den 12. Juli, mit den Auswirkungen der Lohn-
und Tarifpolitik auf der Konferenz in Dresden.

„Die Vertreter der schlesischen Zählstellen erheben hiermit
einstimmig Protest gegen die von beauftragten Schlichtern des
Reichsarbeitsministeriums unter dem 29. Juni gefällten
Schiedssprüche betreffend Arbeitszeit und Lohnabkommen.

Beide Schiedssprüche bedeuten einen Schlag gegen die
Lebensinteressen der in den Porzellan- und Steinaufabriken
tätigen Arbeiterchaft. Insbesondere die lange Dauer der
Schiedssprüche, sowie die völlig mangelhafte Regelung der
Entlohnung ist untragbar.

Die Versammelten weisen deshalb mit Entrüstung das
Ansehen der Unternehmer zurück, die Porzellanarbeiterchaft
durch Niedrighaltung der Löhne bei verlängerter Arbeitszeit
in noch größeres Elend und noch größere Notlage zu führen.

Die Schiedssprüche sind daher abzu-
lehnen.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Generalversamm-
lung und Anträge“ betreffend stimmten die Vertrauensleute der
Zählstellen der Gaukommission zu, diesmal von der Einreichung
von Anträgen, die das Vertrauens- und Unterstützungsweesen zum
Vorwurf haben, absehen zu wollen. Diese Anträge sind solange
von sekundärer Bedeutung, bis die Hauptfrage der Organisa-
tionsform durch den Verbandstag entschieden sein wird. Erst
nach Lösung dieser Frage stellt sich die Grundlage für Vertrau-
sleute und Unterstützungsbeiträge.

Die Konferenz gab noch ihre Zustimmung zur Einreichung
eines Antrages durch die Gaukommission, den Besuch der Ar-
beiterhochschule in Frankfurt a. M. durch befähigte jüngere Mit-
glieder betreffend.

Vertreter hatten, außer den Zählstellen Grünhain und Müch-
sen, alle schlesischen Zählstellen entsandt.

Die Vertrauensleute der schlesischen Zählstellen erhoben
ebenfalls scharfen Protest gegen die Schiedssprüche vom 29. Juni
und das herausfordernde, den Zählstellen widersprechende Ver-
halten der Unternehmer und deren Organisationsvertreter.

Die in dem Lohn- und Arbeitszeitbeschwerden zum Ausdruck
kommende unternehmerfeindliche Einstellung des Reichs-
arbeitsministeriums gestellten Vorstehenden wurde auch von den
Vertretern der schlesischen Arbeiterchaft gebührend hervorgehoben
und richtig gekennzeichnet.

Alle Berichte meldeten eine teils Enttäuschung, andererseits
Empörung über die durch die Lohnschiedssprüche geschaffene, für
die Zukunft einfach untragbare Lage der Arbeiterchaft. Die
Tatsache, daß Unternehmerwillkür mit Hilfe bestellter, nach

Die Anträge zur Organisation der Gewerkschaften.

Um die Zukunft des Porzellanarbeiterverbandes.

Seit Monaten wird in Gewerkschaftskreisen mündlich und
schriftlich das Organisationsproblem behandelt. Wir selbst
brachten schon die Ansichten der Genossen Tarnow und Zwinn-
g zum Ausdruck, und möchten nun nicht versäumen, auch den Ge-
nossen Dikmann, den Namenssträger der Befürworter der
Industrieverbände, zum Wort kommen zu lassen, vielmehr dessen
Vorschläge unserer Mitgliedschaft zur Kenntnis bringen, die als
formulierte Anträge zum Gewerkschaftskongress in Breslau von
Dikmann, Brandes (Metallarb.), Husemann (Bergarb.),
Träger (Lebensmittel- und Getreidearb.), Schrader,
Feinhals (Textilarb.), Rex (Schuhmacher), Degener
(Kilm), Hauelsen (Nudb.), Hak (Lithogr.), Raepow,
Wernhard (Baugew.), Wirbig (Glasarb.), Müntner
(Gemeindearb.), Kaulsch (Eisenb.), Thomas (Dachb.), ge-
stellt worden sind.

Sie lauten:

I. Antrag zur Organisationsfrage.

Der 12. deutsche Gewerkschaftskongress bekräftigt in der Or-
ganisationsfrage erneut die vom Leipziger Kongress zum Beschluß
erhobene Entschliebung Dikmann, Raepow, Husemann, Träger,
Hauelsen, Thomas, Kaulsch, Müntner, Simon, Schrader und
Schumann, die eine Veränderung der bisherigen Gewerkschafts-
formen und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechtes für not-
wendig erachtete und die Schaffung einheitlicher In-
dustrieverbände gefordert hat.

Einheitliche Industrieverbände sind das zu erstrebende Ziel.
Diesem Zweck soll die Vorlage dienen, die neben allgemeinen Rich-
tlinien einen Organisationsplan für den Aufbau von Industrie-
verbänden vorsieht. Der 12. Gewerkschaftskongress erkennt diese
Vorlage als geeignete Grundlage für die einheitliche Schaffung
von Industrieverbänden an, wobei es weiteren Verhandlungen
der Organisationen vorbehalten bleibt, über etwaige Veränderungen
in einzelnen eine gegenseitige Verständigung herbeizuführen.

Die Satzungen des DGB sind im Sinne dieser Ent-
schliebung zu ändern. Der Kongress fordert alle Gewerkschaften
auf, den gefassten Beschlüssen zu entsprechen und für alle in der
Vorlage vorgesehenen Industrien in absehbarer Zeit Industrie-
verbände zu verwirklichen.

II. Allgemeine Richtlinien für die Schaffung von Industrie- verbänden.

1. Nicht der Betrieb, sondern die Industrie ist der Rahmen
für die Organisation. Dabei wird in 95 von 100 Fällen der
Betrieb mit der Industrie übereinstimmen.

Neben den Industrien (Gewinnung, Erzeugung und Ver-
arbeitung) kommen Handel, Transport und Verkehr als Ge-
werbegruppen in Frage. Meistlich liegt es bei verschiedenen an-
deren Gruppen. Nicht alle kommen als produzierende oder indu-
strielle Gruppen in Betracht. Doch was für die produzierenden In-
dustriegruppen gilt, trifft sinn- und naturgemäß auch für die
anderen Gruppen der verschiedenen Gewerbe zu.

2. Ob der Industrieverband die Rohstoffe gewinnende oder
erzeugende mit der weiterverarbeitenden Industrie vereinigen
soll, bedarf bei jeder Industrie einer besonderen Prüfung. Was
für verschiedene Industriegruppen zwingend ist (siehe u. a. Eisen
und Metall erzeugende und verarbeitende Industrien), braucht
bei anderen Gruppen (siehe Papier erzeugende Industrie und
graphische Industrien) nicht bejaht zu werden. Zu entscheiden ist
nach der Natur und dem Wesen der einzelnen Industrien, ihren
Zusammenhängen und der Zweckmäßigkeit ihrer organisatorischen
Zusammenfassung.

3. Industrieorganisationen sollen erfassen alle Arbeiter und
Arbeiterinnen der für die Organisation in Frage kommenden In-
dustriegebiete, die mit der Herstellung der auf den Markt ge-
langenden Produkte beschäftigt sind. (Nicht die Teilarbeit, son-
dern das Gesamtprodukt ist entscheidend.) Hinzu kommen die
Nebenanlagen des Industriebetriebes, die organisatorisch mit den Pro-
duktionsverhältnissen verbunden sind, resp. für die Produktion des
Hauptwerkes als unentbehrlich und notwendig in Frage kommen;
Nebenanlagen, die das im Hauptbetrieb gewonnene Produkt
weiter verarbeiten, um es vertriebsfähig zu machen; Neben-
anlagen, die betriebstechnisch in der Art der Arbeit und nach
ihrem ganzen Wesen mit dem Hauptwerk verbunden sind.

4. Aus dem unter 1 bis 3 Gesagten geht hervor, daß die
Reparaturarbeiter eines Werkes, soweit deren Tätigkeit in die
Produktion des Werkes resp. der Industrie mit eingreift oder
mit ihr zusammenhängt — Reparaturarbeiter, die zur Fortfüh-
rung und Erhaltung des Betriebes der in Frage kommenden In-
dustrie notwendig sind — zu dem für das Werk zustän-
digen Industrieverband gehören müssen.

5. Sind in einem Großbetrieb mehrere Industriegruppen
vorhanden, die nicht aufeinander angewiesen, sondern die getrennt
und in der Produktion (Endprodukt) unabhängig voneinander
sind, so gehören diese verschiedenen Industriegruppen zu den für
sie zuständigen Industrieorganisationen. (Beispiel: A. rupp-
unternehmern in Essen. Dort kommen u. a. neben der Eisen
erzeugenden und verarbeitenden Industrie als selbständige und
von der erztgenannten Industrie unabhängige Gruppen in
Frage: Baugewerbe, Graphische Gewerbe, Bergbau, Handel,
Transport, Verkehr usw.)

Unter den Begriff selbständiger und voneinander unabhän-
giger Industrien eines Großunternehmens fallen nicht die ein-
zelnen Fachabteilungen eines Industrieunternehmens, die in der
einzelnen Abteilung Teilarbeit verrichten resp. einzelne Teile her-
stellen, die im weiteren Arbeitsprozeß montiert, zusammenstellt
oder miteinander verarbeitet werden, um dann als gemeinsames
Endprodukt auf den Markt zu gelangen.

6. Selbständige Handels-, Transport- und Verkehrs-
abteilungen eines Großbetriebes, die losgelöst, getrennt und un-
abhängig von der Produktion und den einzelnen Produktions-
abteilungen sind, gehören zum zuständigen Industrieverband für
Handel, Transport und Verkehr. Für diese Gewerkegruppen
resp. Abteilungen trifft sinngemäß das unter 5. Abs. 1 Gesagte zu.

Ein engeres Kartellverhältnis ist zu schaffen
von den Industrieverbänden der nachstehenden Industriegruppen:

- Bergbau, Eisen- und Metallindustrie, Handel-Transport-Verkehr.
- Baugewerbe, Fabrikarbeiter, Steine-Glas-Keramik.
- Lebens- und Genussmittel, Tabak, Hotel-Restaurants- und Cafésvererbe.
- Textilindustrie, Bekleidungsindustrie, Leder herstellende und verarbeitende Industrie.
- Verkehrsbund, Eisenbahner, Gemeinde- und Staatsarbeiter, falls die Schaffung einer Einheitsorganisation dieser drei Verbände noch zurückgestellt werden sollte.

Schemata arbeitenden Antispezialisten Tantebe von fleißigen Al-
ten- und hochwertigen Helfernarbeitern und Arbeiterinnen, die
ihre derzeitige Leistung nicht nur auf die Höhe der Arbeits-
leistung, sondern beträchtlich darüber hinaus gesteigert haben,
daneben unter den Lohnstand einer ungelerten Kraft anderer
Industrien in Sachsen stellen will, muß Verbitterung und Ar-
beitsunlust unvermeidlich zur Folge haben.

Schaffung der unzulänglichen Löhne wird unbebunnt ge-
fordert. Der im Schiedsspruch nicht enthaltene Lohnausgleich
für überbeuerte Gebiete soll von den Firmen verlangt werden.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Generalversamm-
lung und Anträge hierzu“ macht Kollege Griesbach an Stelle des
verhinderten Bezirkssekretärs, Genossen Arnoldt, einleitende
Ausführungen. Ausgehend von der Bestimmung der letzten Ge-
neralversammlung in Dresden, die Frage der Verschmelzung, der

III. Organisationsplan.

1. Industrieverband für den Bergbau.
2. Industrieverband für die Eisen und Metall erzeugenden und verarbeitenden Industrien.
3. Industrieverband für die Holz- und Schnittholzindustrie.
4. Industrieverband für das Baugewerbe.
5. Industrieverband für Steine, Glas und keramische In-
dustrie.

(Setzt sich zusammen aus: 1. Dem Verband der Porzellan-
arbeiter. 2. Teilen des Glasarbeiterverbandes. 3. Teilen des
früheren Zifferverbandes (Schneidhölzer, Steingewerke).
4. Dem größeren Teile des Steinarbeiterverbandes.

Zum Tätigkeitsgebiet dieses Verbandes gehören jene In-
dustriegebiete, die mit dem in Frage kommenden Wirkungsbereich
der unter 1 bis 4 genannten zusammenfallen. Hingzu kommen
in der keramischen Industrie noch Betriebe, in denen zurzeit auch
der Fabrikarbeiterverband Mitglieder hat.

„Empfehlenswert ist organisatorisch die Industriegruppe 5
mit der Industriegruppe 4 zu verbinden und im Rahmen einer
Organisation für Steine, Glas und Keramik eine Untergruppe
zu bilden.“)

6. Industrieverband für die Chemie, Rohstoffe, für Hoch-
und Tiefbau, Fabrikherzeugung und div. Industriezweige mit vor-
wiegend ungelerten Arbeitskräften.

7. Industrieverband für das graphische Gewerbe.

8. Industrieverband für die Lebensmittel- und Genussmittel-
(Getränke-)Industrie.

9. Industrieverband für die gesamte Tabakindustrie.

10. Industrieverband der im gesamten Hotel- und Gastwirt-
sgebet Beschäftigten (Hotels, Restaurants und Cafés).

11. Industrieverband für die Textilindustrie.

12. Industrieverband für die Bekleidungsindustrie.

13. Industrieverband für die Leder herstellende und ver-
arbeitende Industrie.

14. Industrieverband für die Land- und Forstwirtschaft und
den Weinbau.

15. Industrieverband für die im Handels-, Transport- und
Verkehrsbetriebe einschließliche der öffentlichen Betriebe und Ver-
waltungen.

Diese fünfzehn Industrieverbände fämen nach der Dikmann-
gruppe in Frage. Für sie ist im Entwurf auch, ähnlich wie beim
Industrieverband für Steine, Glas und keramische Industrie, die
Einteilung getroffen, welche Industriezweige und welches Ge-
werbe jeweils zum Industrieverband gehört und in weiteren An-
trägen ist eine genaue Gliederung gegeben, nach der Grenzfälle
zu schlichten wären.

Neben dieser Gruppe hat auch der

Bundesvorstand und Bundesausführungs Anträge

an den Gewerkschaftskongress zu stellen, die die gleiche Materie
behandeln. Sie beantragen dazu, in Erfüllung des ihnen vom
Leipziger Kongress erteilten Auftrages hinsichtlich der Organi-
sationsfrage, folgende Veränderungen der Bundesstatuten vorzu-
nehmen:

§ 2.

Jeder dem Bund angeschlossene Gewerkschaft hat den gleichen
Anspruch auf den Schutz und die Hilfe des Bundes.

§ 4.

Diesen Paragraphen zu streichen und dafür zu setzen:
Jeder Verband hat die Pflicht, alle in den Berufsgruppen
seines Organisationsgebietes beschäftigten ungelerten und
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen neben den gelernten Fach-
arbeitern als Mitglieder aufzunehmen.

§ 5.

Diesen Paragraphen zu streichen und dafür zu setzen:
In der Regel gilt als Organisationsgebiet eines Verbandes
jeweils ein Industriegebiet, zum Beispiel: Baugewerbe;
Bergbau; Graphische Gewerbe; Holz- und Schnittholzindustrie;
Land- und Forstwirtschaft, einschließliche Weinbau; Lebens- und
Genussmittelindustrie; Leder herstellende oder verarbeitende In-
dustrie; Metallindustrie, einschließliche Hüttenbetriebe; Textil-
industrie; Transport, Verkehr und öffentliche Betriebe und Ver-
waltungen.

Da die einzelnen Industriegebiete vielfach ineinanderfließen,
mit der fortschreitenden Technik und dem Wechsel der Pro-
duktionsarten auch Veränderungen unterworfen sind, können die
Organisationsgebiete nicht schematisch abgegrenzt werden. Die
Abgrenzung muß deshalb jeweils durch Vereinbarung der in
Frage kommenden Zentralverbände erfolgen.

§ 6.

Zum Zweck möglicher Verstärkung der gewerkschaftlichen
Kräfte und zur Vereinheitlichung der gesamten Organisation ist
anzustreben, daß die einzelnen Berufe sich zu Industrie-
verbänden zusammenfassen. Für die Mithung
des Zusammenflusses ist die Zusammengehörigkeit der einzelnen
Zweige oder Gruppen der gleichen Industrie maßgebend. Im
Zweifelsfalle ist die Zustimmung des Bundesvorstandes einzu-
holen.

So lange in einem Industriegebiet noch mehrere Verbände
für die verschiedenen Berufe bestehen, haben sie die Pflicht, gegen-
seitig durch Kartellverträge ein förderliches
Nebeneinander- und Zusammenwirken zu
sichern und alles zu vermeiden, was einen früheren Zusammen-
schluß zum Industrieverband erschweren könnte.

Namens- und Satzungsänderungen einzelner Verbände, die
dazu führen könnten, ihr Organisationsgebiet einseitig zu ihren
Gunsten zu erweitern, sind ohne Zustimmung des Bundesvor-
standes nicht statthaft.

§ 7.

Diesen Paragraphen zu streichen und dafür den bisherigen
§ 6 zu setzen.

Nach den Anträgen der Dikmanngruppe und auch nach denen
des Bundesvorstandes und des Bundesausführers wird also über
die Zukunftsentwicklung unserer Verbände auf dem Ge-
werkschaftskongress in Breslau mitentschieden, und damit werden
auch für uns klare Wege vorgezeichnet, auf denen wir zu mar-
schieren vermögen. Hoffentlich sehen auch die Beschlüsse so günstig
aus wie die Anträge und hoffentlich können sich auch die für
unser Industrieverbandsgebilde in Frage kommenden Verbände
auf dieser Linie einigen.

Kaufrau, mach auf!

Kommt der Zolltarif durch, so steigt der Preis von

Schwarzbrot	um mehr als 13%
Weißbrot	" " 10%
Kartoffeln	" " 10%

**Denn der Getreidezoll schadet
der Landwirtschaft.**

Berlin-Charlottenburg. Bei der kürzlich erfolgten Beratung des Haushalts der preussischen Porzellanmanufaktur im Hauptaussschuß des Preussischen Landtags wurde von den Sprechern der Rechten betont, daß sie an der Fortführung des politischen Streites kein Interesse mehr hätten. Das ist wohl verständlich; denn der ehemalige „Stein des Anstoßes“ ist nicht mehr vorhanden. Dr. Schneider war eine linksgerichtete Persönlichkeit, gegen die seinerzeit die Intrigen gesponnen wurden, er ersuchte um Verleumdungsumpf, der von bestimmten politischen Richtungen in der Manufaktur infolge Zusammenströmen der Schlämmfluten entzündet war und rettete sich durch Aufgeben seines Postens. Die Reaktionsäre aller Schattierungen erreichten also ihr Ziel und ein ihnen genehmerer Herr kam an die Spitze, wie es gewöhnlich bei den Rechtsleuten heißt, wenn ein Linker in eine Staatsstellung berufen wurde. Sie hab a deshalb freilich kein Interesse mehr an der Fortführung des politischen Streites, aber sicher hätten sie es gern, wenn Direktor Dr. Mouffang stark republikanische oder gar rote politische Gesinnung erkennen ließe. Darüber gibt es doch gar keinen Zweifel. Das Nachlassen des Interesses der oben bezeichneten Kreise hat also einen sehr realen Hintergrund, und deshalb wurde ihm auch in der Leitung der Manufaktur und in der Auswahl der Mitarbeiter größte Bewegungsfreiheit eingeräumt. Wenn die wirtschaftliche Lage der Manufaktur zusehentlich beartet ist und so die Möglichkeit zugegeben wurde, Lohn- und Gehaltsfragen des Personals, auch die Ansprüche der Altpensionäre befriedigend zu regeln, so ist das erfreulich. Nur muß man abwarten, inwiefern der neue Direktor dem nachzukommen bereit ist wird. Bemerkt hat man bisher noch nichts davon, trotzdem schon genügend Gelegenheit dazu vorhanden war. Unserer Meinung nach hätten die politisch besonders gerichteten Schlämmfluten aus der Manufaktur vor ebenem gerühend Unruhenfriedenspunkte in Bezug auf die Lohn- und Gehaltsfrage, aber sie verhalten sich still. Sie mußten sich nicht. Sie ertragen

Druck: C. Janiszewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29